

Liebe*r Oldenburger*in!

Viele große und kleine Krisen bestimmen unsere heutige Zeit. Warum also ist die Kommunalwahl am 13. September 2026 trotzdem wichtig? Weil Veränderung vor Ort beginnt und konkret ist. Weil wir vor Ort den Unterschied machen können. Denn wir wollen ein lebenswertes Oldenburg, ein Oldenburg, das für alle da ist – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, Behinderung oder Erkrankung, unabhängig von Sprache, Sexualität oder ethnischer Zugehörigkeit.

Wir wollen ein Oldenburg, in dem Wohnen keine Abzocke, sondern ein Grundrecht ist.

Oldenburg soll eine Stadt sein, in der Menschen nicht verdrängt, sondern willkommen geheißen werden. Eine Stadt mit sozial gemischten Stadtteilen, die das Miteinander stärken und in der niemand wegen steigender Mieten sein Zuhause verliert.

Gerade im Stadtrat werden Entscheidungen getroffen, die unseren Alltag unmittelbar prägen. Deshalb stellen wir uns die Fragen: In was für einer Stadt wollen wir leben und wie können wir den Alltag vor Ort verbessern? Was ist dafür notwendig und wie können wir das gemeinsam erreichen?

Denn auch Oldenburg ist zum Teil eine gesplante Stadt: Für die einen großzügige Wohnungen, Gärten, Zugang zur Kultur, Beratung im Fachgeschäft, gepflegte Restaurants. Für die anderen kleine Wohnungen und hohe Mieten, nahezu unbezahlbare Heizkosten, Lebensmittel aus dem Discounter, Essen im Stehen, weil das Restaurant schlicht nicht drin ist. Spazieren statt ins Theater gehen. Überfüllter Linienbus statt Lastenrad.

Für die einen ruhiger Alltag, Kaffee zwischendurch, eine Haushaltshilfe im Hintergrund, den SUV vor der Tür. Für die anderen Schichtarbeit, jeden Cent zweimal umdrehen, den Bus erwischen, nach Hause kommen, Care-Arbeit, gesundheitliche Sorgen und viel zu wenig Zeit mit der Familie und Freunden.

Für die einen Gymnasium mit iPad, Sprachkursen und Elterntaxi, die Woche ausgefüllt mit Ballett, Reitunterricht und Musikschule. Für die anderen überfüllte Klassen, (Sprach-)Barrieren, Ausgrenzung, Mobbing, Einsamkeit und wenig Perspektive auf den Wunschberuf und ein gutes Leben, von dem man träumt.

Setzt dich mit uns für eine Stadt ein, die für alle und nicht nur für wenige da ist!

Wir wollen das gemeinsam verändern

Vielleicht gehörst du zu den vielen Menschen in dieser Stadt, denen es vergleichsweise gut geht und die sich trotzdem denken: So kann das nicht weitergehen. Zu denen, die ihr Haus dämmen, regional einkaufen, ehrenamtlich Geflüchtete begleiten, im Verein, beim Sport, bei der Tafel oder im Elternbeirat aktiv sind und helfen. Die im Alltag kleine Zeichen setzen und Mut machen: Für eine Stadt, die auf Gemeinsamkeit und Solidarität setzt statt auf Ellenbogen. Wir sehen dieses Engagement. Und wir wissen: Es ist enorm. Was aber fehlt, ist eine starke, gemeinsame Kraft, die all diese Energie bündelt und in echte kommunale Veränderung übersetzt. Wir laden alle ein, dabei mitzuwirken. Unser Ziel ist eine Stadt der Gleichberechtigung aller Menschen, die in Oldenburg leben.

Wir, **Die Linke**, stehen klar gegen die Spaltung in dieser Stadt – und gegen alle Kräfte, die diese vertiefen wollen.

Wir finden, zur Miete wohnen darf nicht den Großteil des Einkommens verbrauchen. Uns ist gute Bildung, Zeit für Freunde und Familie genauso wichtig wie soziale und kulturelle Teilhabe, Gesundheits- und Klimaschutz. Bezahlbarer Nahverkehr und gute Radwege sind uns ebenso wichtig wie eine Stadt, die auf Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen achtet.

Für eine Stadt der Solidarität, der Gerechtigkeit, der Fürsorge und der Kooperation – für eine starke Gemeinschaft gegen Rechts und für demokratischen Zusammenhalt!

Deshalb am 13. September 2026 Die Linke mit allen Stimmen in den Oldenburger Stadtrat wählen. Danke!

Inhalt

1. Wohnen für alle bezahlbar machen – den sozialökologischen Umbau des Wohnungssektors vorantreiben.....	5
1.1 Bezahlbare Wohnungen bauen.....	5
1.2 Rechte von Mieter*innen stärken – Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen.....	5
1.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden.....	6
1.4 Wohnen barrierefrei und neu denken – gegen Einsamkeit und Wohnraum-mangel.....	6
1.5 Wir holen uns die Stadt zurück: Bodenspekulation stoppen!.....	7
1.6 Ökologisches und klimagerechtes Bauen stärken.....	7
2. Bildung für eine echte Demokratie: Gerechte Chancen von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen	8
2.1 Kita: gebührenfrei und bedarfsgerecht!.....	9
2.2 Gute Schulen für alle und zwar gerecht, inklusiv und digital.....	10
2.3 Kinder- und Jugendhilfe: Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien.....	11
2.4 Migration und Integration: Unsere Kinder haben ihre Wurzeln hier und auf der ganzen Welt.....	12
2.5 Schule als Ort gelebter Demokratie: Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden.....	12
2.6 Weiterbildung und digitale Chancen für alle.....	12
3. Gesundheit und Daseinsvorsorge geht nur solidarisch.....	13
3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen: Dezentral, präventiv, barrierefrei.....	13
3.2 (Re-)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen umsetzen.....	14
3.3 Gute Pflege sichern: Mehr Personal, bessere Löhne, ambulant und stationär	14
3.4 Geburtshilfe sichern.....	14
3.5 Gesundheitswesen muss zivil bleiben.....	15
3.6 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigmatisierung.....	15
3.7 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen.....	16

4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen – Gut, gerecht und transparent.....	16
4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit: Faire Löhne, starke kommunale Betriebe.....	17
4.2 Energie, Wasser und Abfall als öffentliche Daseinsvorsorge garantieren.....	18
4.3 Gerechte Kommunal Finanzen: Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit...	18
4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik soll nachhaltig sein.....	19
4.5 Unsere Innenstadt als lebendiger Treffpunkt für alle.....	19
5. Umweltschutz, erneuerbare Energie, Ernährung – Klimaschutz für jede*n.....	19
5.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren.....	20
5.2 Artenschutz, Stadtgrün und Biodiversität fördern.....	20
5.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen.....	21
5.4 Mehr Öko in Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz.....	21
5.5 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen.....	22
5.6 Klimaschutz braucht Mitsprache.....	22
6. Verkehr – Mobilität für alle, bezahlbar und klimafreundlich	22
6.1 Gut angebunden durch Nahverkehr zum Nulltarif.....	23
7. Nie wieder Krieg und Faschismus! Für Frieden und Antimilitarismus	24
7.1 Oldenburg: Von der Garnisonsstadt zu einer Stadt des Friedens und des Miteinanders.....	25
7.2 Erinnerungskultur ausbauen.....	26
7.3 Antifaschismus im Alltag stärken und Betroffene schützen.....	27
8. Migration, Integration und Antirassismus.....	27
8.3 Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus.....	28
8.4 Gute Arbeit und Gesundheit.....	28
8.5 Schutz, Bleiberecht und Menschenwürde.....	29
9. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Diversität.....	29
9.1 Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit und LGBTQIA+.....	29
9.2 Inklusion als Menschenrecht: Oldenburg barrierefrei gestalten.....	30
9.5 Überwindung der Lücken im Gleichstellungsplan.....	31

1. Wohnen für alle bezahlbar machen – den sozialökologischen Umbau des Wohnungssektors vorantreiben

Gute, sichere und günstige Wohnungen für alle sollten in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch auch in Oldenburg explodieren die Mieten und Sozialwohnungen verschwinden. Dadurch haben Menschen mit niedrigen Einkünften immer weniger Geld für den Alltag oder werden sogar aus ihren Stadtteilen verdrängt. Studierende, Alleinerziehende und besonders Personen ohne deutschen Pass finden nur schwierig eine Wohnung. Wohnungen für behinderte Menschen und Senior*innen fehlen ebenfalls. Wohnungs- und Obdachlosigkeit steigen. Ursache ist eine Politik, die Wohnraum privatisiert und dem Markt überlässt. Wir wollen das ändern: Wohnen ist ein Menschenrecht!

Seit mehr als fünfzehn Jahren wird in Oldenburg davon geredet, genügend Wohnraum auch für einkommensärmere Menschen in Oldenburg zu schaffen. Aber Wohnraumförderungsprogramm, Belegungsbindung, Leerstandskonzepte und Quoten für Sozialwohnungen als Auflage für Grundstücksvergabe und Neubauten zeigen bisher kaum Erfolg: Die Situation auf dem Wohnungsmarkt für Menschen mit geringeren Einkommen hat sich eher noch verschlechtert. Und die wenigen sinnvollen Beschlüsse werden dann noch ohne Not wieder außer Kraft gesetzt, wenn es darauf ankommt. Aktuelles und beschämendes Beispiel: Für die Bebauung des Areals am Schützenweg hat der Rat der Stadt Oldenburg im Dezember 2025 sogar für eine Absenkung der Sozialquote für private Investoren gestimmt. Ignoranter kann man gegenüber der Not von Wohnungssuchenden und einkommensarmen Familien kaum sein.

1.1 Bezahlbare Wohnungen bauen

Immer weniger Menschen finden bezahlbaren oder gar günstigen Wohnraum. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sind der beste Weg, dauerhaft günstige Wohnungen zu sichern. Ziel muss es sein, dadurch die öffentliche Hand zu stärken und den Wohnungsmarkt dem Profitinteresse zu entziehen.

Unsere Forderungen:

- Gemeinnützigen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau massiv ausbauen
- Förderung genossenschaftlicher und gemeinwohlorientierter Bauprojekte
- Den Verkauf und die Vergabe städtischer Grundstücke stoppen
- Dauerhafte Sozialbindung für alle neu gebauten und geförderten Wohnungen
- Nicht-profitorientierte Wohnungsunternehmen von der Grundsteuer befreien
- Über Möglichkeiten für einen kommunalen Mietendeckel verhandeln
- Privatisierungen stoppen und rückgängig machen: Rückkauf privatisierter Bestände über kommunale Wohnungsunternehmen und Re-Kommunalisierungsfonds
- Mieter*innenbeteiligung in kommunalen Gesellschaften, z. B. durch Drittelparität

1.2 Rechte von Mieter*innen stärken – Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen

160.000 Wohnungen in Niedersachsen stehen leer, während Menschen keine Wohnung finden. Aber Leerstand und Zweckentfremdung lohnen sich, weil politisch falsche Anreize gesetzt werden. Ziel muss es sein, Wohnraum zurück in Nutzung zu bringen und Mietende vor Ausbeutung zu schützen.

Oldenburg hat eine hohe Mietquote von über 64 % (gegenüber bundesweit: 52,8 %, Niedersachsen: 51 %). Gerade bei einer angespannten Wohnungssituation wie in Oldenburg müssen Mietende vor Ausbeutung geschützt werden. Leerstand, wie es seit Jahren beim Hermann-Ehlers-Haus der Fall ist, ist nicht hinnehmbar.

Unsere Forderungen:

- Kostenfreie kommunale Mietrechtsberatung ausbauen
- Einführung einer Leerstandsabgabe von 10 €/m² bei angespanntem Wohnungsmarkt
- Kommunales Leerstandsregister und Zweckentfremdungssatzung einführen
- Zweckentfremdungen von Wohnraum durch Plattformen wie Airbnb verbieten
- Beschlagnahmung von leerstehenden Immobilien für eine gemeinwohlorientierte Nutzung
- Konsequenz gegen Mietwucher vorgehen, einführen von kommunalen Meldestellen gegen Mietwucher (Mietsheriffs), die Bußgelder bei Gesetzesverstößen verhängen
- Flächendeckender Milieuschutz und Mietspiegel auf Basis von Bestandsmieten

1.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden

Immer mehr Menschen haben keine sichere Wohnung. Sie haben keinen Mietvertrag, kommen in Notunterkünften, bei Verwandten oder Freund*innen unter oder leben auf der Straße. Wir sagen: Alle Menschen haben das Recht auf eine sichere, bezahlbare und gute Wohnung. Wir wollen Wohnungslosigkeit verhindern und beenden und allen Menschen ein sicheres Zuhause garantieren.

Unsere Forderungen:

- Housing-First-Projekte konsequent weiterentwickeln
- Verbot von Energiesperren und Moratorium für Zwangsräumungen in sozialen Notlagen
- Aufsuchende, niedrigschwellige Sozialberatung sowie medizinische Versorgung
- Mitbestimmung wohnungsloser Menschen bei der Gestaltung von Unterkünften
- Menschenfeindliche Vertreibungsmaßnahmen im öffentlichen Raum beenden
- Kommunale Fachstellen für Wohnraumsicherung personell und finanziell stärken
- Notunterkünfte verbessern: Fachpersonal, Rückzugsräume für FLINTA*, Jugendliche und queere Menschen, Zugang für Menschen ohne Papiere
- Umzugsmoratorium für Grundsicherungsberechtigte, solange es keine bezahlbaren Wohnungen gibt
- Drohende Zwangsräumungen verhindern
- Revitalisierung der Innenstädte: Mindestflächen(-quote) für Wohnraum in der Innenstadt
- Umbau statt Abriss: Vorrang von Umbauten in Genehmigungsverfahren

1.4 Wohnen barrierefrei und neu denken – gegen Einsamkeit und Wohnraummangel

Einsamkeit ist auch ein Thema in Oldenburg. Mittlerweile sind fast 60 Prozent der Miethaushalte Einpersonenhaushalte, mit steigender Tendenz. Gleichzeitig steigt die Zahl älterer Menschen, die mangels attraktiver Alternativen in großen und meist nicht altersgerechten Wohnungen und Häusern verbleiben. Wir sagen: Wohnen muss zur jeweiligen Lebensrealität passen. Deshalb wollen wir kreative Ideen und Modellprojekte für moderne, klima- und um-

weltschonende Stadtviertel mit Mehrfamilienhäusern entwickeln, die auch für junge Familien und Haushalte mit geringen Einkommen attraktiv sind. Und wir wollen aktiv auf die bereits bestehenden Wohnungsgenossenschaften, Mehrgenerationen- und Wohngemeinschaftsprojekte zugehen, um sie zu unterstützen und ihren Erhalt oder Ausbau zu fördern. Unser Ziel ist eine Baupolitik, die Inklusion, Barrierefreiheit und gemeinschaftliche Wohnformen selbstverständlich macht, um den knappen Wohnraum besser zu verteilen und etwas gegen Vereinsamung zu unternehmen.

Unsere Forderungen:

- Neubau und Sanierung kommunaler Wohnungen barrierefrei gestalten
- Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt fördern
- Aufsuchende Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderung
- Förderprogramme für den altersgerechten Umbau und Wohnungstausch einführen
- Finanzielle Unterstützung für barrierefreien Umbau ausweiten
- Wohnungspolitischer Ratschlag zur Erkundung von veränderten Bedürfnissen an Wohnen und Leben in der Stadt und zur Entwicklung gemeinsamer Projekte und Forderungen
- Vorhandene Wohnprojekte vernetzen und Strategien zum weiteren Ausbau entwickeln
- „Start-up“-Förderung auch für Projekte wie die Solidarische Landwirtschaft Oldenburg (SoLaWi), öffentliche Kantinen (Küfa), Fair-Trade-Läden, Kunst- und Handwerkerprojekte und nichtkommerzielle Treffpunkte

1.5 Wir holen uns die Stadt zurück: Bodenspekulation stoppen!

Boden darf nicht länger ein Spekulationsobjekt für private Profiteure sein. Das treibt die Preise hoch und verschärft Ungleichheit. Die Menschen in Oldenburg müssen die Hoheit über Grund und Boden zurückerlangen. Ziel ist eine Bodenpolitik, die Gemeinwohl, Klima und soziale Infrastruktur sichert. Dazu gehört für uns auch, die Mieten für Einzelhändler und Gastronomie im Innenstadtbereich zu deckeln, um ein vielfältiges und attraktives Stadtleben zu gewährleisten.

Unsere Forderungen:

- Grundsteuer C wieder einführen, um spekulativen Leerstand unbebauter Grundstücke zu verhindern
- Kommunale Bodenfonds einrichten, um Flächen in öffentliches Eigentum zu holen
- Öffentliche Grundstücke nur noch per Erbpacht vergeben, nicht verkaufen
- Wertsteigerungen von Boden abschöpfen
- Neubaugebiete zwingend mit sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Nahverkehr, Grünflächen) planen
- Vorrang von Neubauten im Innenstadtbereich statt Versiegelung von Naturflächen
- Gewerbemieten deckeln, Vielfalt im Stadtbild sichern
- Nicht-profitorientierte Wohnungsunternehmen von der Grundsteuer befreien
- Grundsteuer-Umlage auf Mieter*innen abschaffen

1.6 Ökologisches und klimagerechtes Bauen stärken

Der Bausektor trägt ca. 40 % zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei. Um das zu ändern, muss an zwei entscheidenden Stellen angesetzt werden: Zum einen muss die energetische Sanierung vorangebracht werden und zum zweiten müssen klimaschonende Bauweisen massiv ausge-

weitert werden. Darauf können die Kommunen maßgeblich Einfluss ausüben und zwar so, dass die Kosten nicht auf die Mieter*innen und Eigenheimbesitzenden abgewälzt werden.

Unsere Forderungen:

- Eine energetische und klimagerechte Sanierung aller kommunalen Bauten
- Neubauten von kommunalen Gebäuden in klimaneutraler oder klimapositiver Bauweise
- Strategien für „Photovoltaik auf alle Dächer!“ und „Wärmepumpen für alle!“ entwickeln
- Unterstützung der Bevölkerung bei der klimagerechten energetischen Sanierung durch kommunale Beratungen, u.a. über Klimaschutzagenturen und kommunale Förderprogramme, die eine Kombination von energetischer Sanierung und Warmmietenneutralität vorsieht
- Umfängliche Nutzung des Erbbaurechtes zur Vergabe von Baugrundstücken und Festschreibung von klimapolitischen Mindeststandards beim Neubau in den Erbbaurechtsverträgen

2. Bildung für eine echte Demokratie: Gerechte Chancen von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen

In Deutschland hängt der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft ab. Marode Bildungseinrichtungen, veraltete Bildungsstrukturen, fehlende digitale Infrastruktur, Personalmangel in Kindertagesstätten und Schulen, überlastete Lehrer*innen und fehlende Betreuungsangebote sowie hohe Beiträge und Gebühren führen zu ungleichen Startbedingungen für Kinder. Zudem gibt es erhebliche Lücken im außerschulischen Bildungsbereich, im Weiterbildungsbereich und in kulturellen Angeboten, die oft zu teuer, regional schwer zugänglich oder nicht barrierefrei sind. Viele Beschäftigte im Bildungs- und kommunalen Bereich arbeiten unter prekären Bedingungen. Besonders in ländlichen Regionen verschärfen Schließungen und Zentralisierungen von Schulen das Problem. Lange Pendelwege führen zur Schwächung der Bildungslandschaft und verschärfen Ungleichheit weiter. Eine Hauptursache ist die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. In Niedersachsen wird sichtbar, dass es für die Erfüllung des kommunalen Bildungsauftrages eine entsprechende Ausfinanzierung durch Bund und Land braucht.

Wir fordern ein inklusives, beitragsfreies und qualitativ hochwertiges Bildungssystem, das gerechte Chancen für alle gewährleistet. Dazu muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden, um nachhaltig in moderne Bildungsinfrastruktur, qualifiziertes Personal und faire Arbeitsbedingungen zu investieren. Eine klare Personalstrategie zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften ist ebenso notwendig. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das alle Menschen fördert und gesellschaftliche sowie berufliche Teilhabe ermöglicht. Dies erfordert eine partnerschaftliche Verantwortungsteilung und eine verlässliche, zweckgebundene Finanzierung durch Bund und Länder, um eine flächendeckend hochwertige und chancengerechte Bildung sicherzustellen. Wir sagen auch: Bildung muss auch inhaltlich neu gedacht werden und gerade in Zeiten wie diesen Partei ergreifen: Gegen Rechts, gegen gesellschaftliche Spaltung und Konkurrenzdenken. Bildung muss die Menschen bestmöglich in ihrer individuellen Entwicklung fördern und sie zugleich zu gemeinschaftlichem Handeln befähigen. Sie muss Solidarität, Demokratie und die Meinungsbildung von Menschen fördern und ohne Wenn und Aber antifaschistisch sein.

2.1 Kita: gebührenfrei und bedarfsgerecht!

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für die Sprachentwicklung, soziale Teilhabe und Bildungserfolg. Aber auch in Oldenburg ist die Situation in den Kitas schwierig. Dabei steigen die Herausforderungen: Immer mehr Kinder benötigen Hilfe bei ihrer Sprachentwicklung, beim sozial-emotionalen Umgang, bei einem kindgerechten Medienkonsum, Gewalterfahrungen und Ernährungsproblemen. Das alles vor dem Hintergrund, dass Kitas unter einem hohen Personalmangel leiden und die Erziehenden häufig am Limit arbeiten. Das führt zu Ausfällen und Qualitätsverlust. Vielerorts fehlen Plätze, die Öffnungszeiten passen nicht zum Lebensalltag, Beiträge belasten Familien und verstärken Chancenungleichheit. Die Linke sagt: Der Einsatz von nicht qualifiziertem Personal darf nicht zu Regel werden. Gemeinsam müssen wir an den Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung festhalten.

Unsere Kommune ist der zentrale Träger der frühkindlichen Bildung: Sie plant, baut, finanziert mit und vor allem gestaltet sie deren Qualität. Wir wollen in der Kommune Sorge dafür tragen, eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe, gebührenfreie Kinderbetreuung zu schaffen, die allen Kindern gleiche Chancen eröffnet, mit guten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden. Das heißt auch, dass es zusätzliches Verwaltungspersonal und Hausmeisterdienste als Entlastung braucht, damit pädagogische Fachkräfte sich voll auf die Arbeit mit den Kindern fokussieren können.

Unsere Forderungen:

- Kommunale und einrichtungsübergreifende Strategien für möglichst lange Betreuungszeiten bei hoher pädagogischer Qualität, auch zu Randzeiten
- Echte Beitragsfreiheit für alle Kinder in der frühkindlichen Bildung
- Bildung geht nur ohne Hunger, deshalb: Beitragsfreies, gesundes und regionales Frühstück und Mittagessen in allen Betreuungseinrichtungen
- Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Die Ausbildung von pädagogisches Fachpersonal muss bezahlt werden
- Die Konzepte für Sprachförderung und Unterstützung von Mehrsprachigkeit muss integraler Bestandteil frühkindlicher Bildung werden und konsequent umgesetzt werden. Das Personal muss auch entsprechend ausgebildet werden
- Erhöhung der Verfügungszeiten pro Kita-Fachkraft für die Reflektion und Planung von pädagogischen Angeboten
- Qualifizierungsstrategien für bisher unqualifiziertes Personal und für Sozialassistent*innen hin zur Qualifizierung zur Erziehenden. Der Einsatz von nicht qualifiziertem Personal darf nicht zur Regel werden
- Entlastung von pädagogischen Fachkräften durch mehr Personal in den Gruppen, durch Entlastung bei Verwaltungstätigkeiten/durch Verwaltungskräfte und durch ausreichende Unterstützung durch Hausmeisterdienste
- Zusätzliche Planstellen für die Unterstützung von Auszubildenden in PiA, Praxisintegrierte Ausbildung, und für angeworbene Kolleg*innen aus dem Ausland
- Kommunale Strategien und bedarfsorientierte Maßnahmen für den Übergang von der Kita zur Schule entwickeln, damit der Übergang bei jedem Kind gelingt

- Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen nach dem tatsächlichen Bedarf. Gruppen dürfen nicht geschlossen werden, wenn aufgrund demografischen Wandels zu wenig Kinder da sind
- Barriere-Abbau auf allen Ebenen, damit Kinder und Eltern mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen gleiche Teilhabe erleben können

2.2 Gute Schulen für alle und zwar gerecht, inklusiv und digital

Bildung entscheidet über die Chancen jedes Einzelnen und über die Entwicklung unserer Region. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, überfüllt, nicht barrierearm und ungleich ausgestattet. Schulträgerin ist die Stadt. Sie verantwortet Gebäude, Ausstattung, digitale Netze, Schüler*innenbeförderung und Ganztagsstruktur. Mit dem ab 2026 geltenden Recht auf Ganztagsbetreuung wächst der Druck auch in unserer Stadt: Benötigt werden moderne Räume, qualifiziertes Personal und kostenlose, gesunde Verpflegung. Nicht selten findet aufgrund der fehlenden Mittel an den Schulen nur bloße Aufbewahrung der Schüler*innen statt. Wir aber wollen Schulen zu inklusiven, einladenden, inspirierenden und offenen Orten gestalten. Gerechte Bildungschancen bedeuten auch: kostenfreie Schüler*innenbeförderung sowie wohnortnahe berufliche Ausbildung.

Ein gut organisiertes Bildungssystem bindet die Menschen an die Region, verhindert Abwanderung, schafft Perspektiven für die Menschen und die Region.

Unser Ziel: Schulen als Lern- und Lebensorte – modern, gerecht und offen für alle Kinder.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Sanierungsprogramme für sichere, moderne, bedarfsgerechte und klimafreundliche Schulen als Lebens- und Lernorte
- Vom Schulträger erstellte Medienentwicklungspläne für die Beschaffung, Verwaltung, Pflege und den Support homogener, anwendungsfreundlicher Hard- und Software an ihren Schulen - und Personal, das die Medienentwicklungspläne vor Ort an den Schulen umsetzt
- Kostenfreiheit für Lern- und Lehrmittel für alle Schülerinnen. Übernahme der Kosten durch die Schulträger
- Die Organisation und Umsetzung der Ganztagsbetreuung durch eine Hand, durchgängig in Schul- und Ferienzeiten durch professionelle pädagogische Fachkräfte und ausfinanzierte Angebote
- Abschaffung von Noten und Ersetzung durch ein konstruktives Feedbacksystem in allen Jahrgängen und Schulformen
- Abschaffung von Hausaufgaben. Hausaufgaben widersprechen dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit im Schulsystem. Ob sie erledigt werden können, hängt überwiegend vom Elternhaus ab und verstärkt dadurch die soziale Spaltung im Bildungssystem. Zudem können sie das Klima innerhalb von Familien, insbesondere denen mit weiteren Herausforderungen, zusätzlich belasten
- Pädagogische Maßnahmen und Begleitangebote gegen Schulabsentismus und Schulverweigerung. Wir geben kein Kind auf
- Kostenfreie, einheitliche Schüler*innenbeförderung im Primar-, Sekundarbereich I und II sowie in der schulischen Ausbildung. Die Entwicklung des Schultickets hin zum Deutschlandticket

- Kostenloses, gesundes und kindgerechtes Frühstück und Mittagessen
- Vom Schulträger finanzierte Schulsozialarbeiter*innen als Bindeglieder zwischen Kind, Familie, Jugendamt, Beratungs- und Präventionsstellen
- Barrierefreie Schulen: Aufzüge, Rampen, Induktionsanlagen, Leitsysteme, Ruhe- und Pflegeräume, barrierefreie Höfe und Mensen; Schulungen von Schulpersonal für barrierearme Gestaltung der Angebote
- Psychische Gesundheit stärken: Traumasensible Beratung, Präventionsketten, Schutzkonzepte gegen Diskriminierung und Gewalt
- Förderschulen abschaffen. Stattdessen muss eine flächendeckende inklusive Beschulung ermöglicht werden
- Beratungsstellen für den Übergang von der Schule in den Beruf als Vermittlerinnen zwischen Schulen und Ausbildungsstätten

2.3 Kinder- und Jugendhilfe: Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien

Die Stadt ist der öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat den gesetzlichen Auftrag, unsere Kinder und Jugendlichen zu fördern, Familien und Eltern zu beraten, bei Krisen im Sinn des Kindeswohls einzugreifen und Angebote zu planen und zu steuern. Die Kommunen haben den Auftrag, ihre Angebote inklusiv zu gestalten. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder drohender Behinderung werden in die Kinder- und Jugendhilfe integriert. Wir begrüßen diesen Schritt.

Gleichzeitig sind gute Angebote der Kinder- und Jugendhilfe kostspielig. Oftmals stehen sie daher unter Rechtfertigungs- und Spardruck. Personalkosten sollen daher gekürzt und die Angebote auf ein Minimum reduziert werden. Für innovative Ideen, die auf bestehende und neue Probleme reagieren, werden so gut wie keine Mittel bewilligt. Stattdessen konzentrieren sich die Jugendämter auf eine Art Feuerwehrfunktion bei angespannten und bedrohlichen Ausnahmesituationen. Auf Bundesebene wird jetzt selbst die Eingliederungshilfe als Kostentreiberin verunglimpft. Obwohl hier von den Sozialarbeiter*innen wichtige Arbeit geleistet wird, soll auch hier gekürzt werden.

Wir wollen die Jugendämter bei ihrem fördernden, beratenden und präventiven Auftrag fördern. Dafür braucht es Geld für Personal und für innovative Projekte.

Unsere Forderungen:

- Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe nach den tatsächlichen Bedarfen. Nichts ist so teuer wie eine kaputtgesparte Förderung unserer Kinder und Jugendlichen
- Jugendzentren und Räume, die Kinder und Jugendliche selbst kreativ gestalten können, ohne Leistungsdruck. D.h. auch die Stärkung der offenen Jugendarbeit (OKJA), also außerschulischer Angebote, die allen Jugendlichen auf freiwilliger Basis zur Verfügung steht
- Den gesetzlichen Auftrag, Inklusion in die Kinder- und Jugendhilfe zu berücksichtigen, ernstnehmen und Strukturen schaffen, die Menschen schnell zu passenden Angeboten lotsen und die Inklusion insgesamt stärken
- Kinderschutzkonzepte, die vor psychischer, emotionaler und sexualisierter Gewalt schützen, und die professionell begleitet werden. Dazu zählen auch neue Ansätze, mit denen auf Probleme wie Cyber-Grooming, also der sexualisierten Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene im digitalen Raum, reagiert wird

- Unterstützung von Eltern und Erziehungsberechtigten bei Fragen wie Erziehung, Medienkonsum, Sexualität und Pubertät durch Formate, die viele Menschen erreichen

2.4 Migration und Integration: Unsere Kinder haben ihre Wurzeln hier und auf der ganzen Welt

Migration ist etwas Selbstverständliches. Deutschland war immer schon ein Einwanderungsland, ist es auch gerade und wird es auch in Zukunft sein. Migration ist nicht ein Ausnahme-, sondern Normalzustand. Ausgerechnet das Bildungs- und Schulsystem geht aber davon aus, dass unsere Kinder einer Norm entsprechen. Unsere Kinder aber sind vielsprachig, bringen unterschiedliche kulturelle Erfahrungen und familiäre Geschichten mit. Wir möchten, dass Schule und Bildungseinrichtungen diese Vielfalt unserer Kinder fördert und sie gut aufs Leben vorbereitet – egal, wo sie herkommen und welche Sprache zuhause gesprochen wird. Wir wollen eine Schule, die die Identitäts- und Persönlichkeitsbildung unserer Kinder fördert und nicht bei der Schuleingangsuntersuchung abwertet.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Sprachförderkonzepte, die Mehrsprachigkeit positiv sehen und fördern
- Unterstützung von interkulturellen Projekten, Vereinen und Initiativen durch die Kommunen
- Förderungen von Initiativen zu einer positiven Willkommens- und Integrationskultur und antirassistischer Projekte wie Bildungsangebote
- Dolmetsch- und Traumahilfen für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen

2.5 Schule als Ort gelebter Demokratie: Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden

Demokratie lernen wir, indem wir sie praktizieren. Schulen brauchen verlässliche Beteiligungsrechte und Budgets für Schüler*innen, Eltern und pädagogische Teams. Kommunen können Mitspracherechte verankern: in Jugendparlamenten, kommunalen Ausschüssen und transparenten Schulentwicklungsprozessen. Wer mitbestimmt, übernimmt Verantwortung, organisiert sich, identifiziert sich mit seinem Lebensumfeld und wehrt sich gegen gesellschaftliche Spaltung bzw. die Diskriminierung anderer.

Unsere Forderungen:

- Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule
- Einrichtung von Jugendparlamenten mit echten Entscheidungsrechten
- Stärkung von Schüler*innen- und Elternvertretungen in den kommunalen Ausschüssen
- Einführung von Schüler*innenbudgets für eigene Projekte
- Teilnahme an der Projektförderung: „Demokratie Leben“
- Einführung eines Stimmrechts für Schüler*innenvertreter*innen bei allen Schulentscheidungen, schulpolitischen Entscheidungen und Schulgremien
- Streikrecht für Schüler*innen einführen: Schulen sollen Orte der Demokratiebildung sein. Protest darf nicht unterbunden und sanktioniert werden, sondern soll pädagogisch begleitet und im Unterricht thematisiert werden

2.6 Weiterbildung und digitale Chancen für alle

Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss. Volkshochschulen (VHS), Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen sowie Soziokultur sind die Türöffner zur Bildung für viele

Menschen. Vielerorts sind die Öffnungszeiten aber eingeschränkt und es drohen Kürzungen und Gebührenerhöhungen. Wir wollen lebenslanges Lernen, niedrighschwellig, gebührenfrei, wohnortnah und digital erreichbar.

Unsere Forderungen:

- VHS-Finanzierung durch den kommunalen Träger erhöhen
- Bibliotheken als Orte einer lebendigen Kommune: längere Öffnungszeiten, Sonntagsöffnung, Geräteverleih, Makerspace und Lernräume
- Kostenloses kommunales WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen und auf öffentlichen Plätzen
- Sozial gestaffelte Beiträge für VHS-Kurse, Musik- und Kunstschulangebote
- Soziokulturelle Zentren und kommunale Freizeitheime errichten/ausbauen
- Ländliche Regionen als Bildungsorte durch VHS-Außenstellen, Fahrbibliotheken, mobile und digitale Lernzentren stärken
- Niedrighschwellige Kulturangebote mit kostenfreiem Zutritt für alle Altersgruppen
- Kulturpässe für Kinder und Jugendliche – freier Eintritt bis 18 Jahre in allen kulturellen Einrichtungen

3. Gesundheit und Daseinsvorsorge geht nur solidarisch

Auch Gesundheit ist ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch in Oldenburg gefährden Klinikschließungen, Personalmangel und die Profitorientierung die flächendeckende Versorgung von Stadt und Umland. Die medizinische Infrastruktur wird zunehmend ausgedünnt, während Beschäftigte unter prekären Bedingungen arbeiten müssen und die Sorgearbeit unbezahlt in die Familie verlagert wird.

Wir setzen uns für ein bedarfsorientiertes, solidarisches Gesundheitssystem ein, das allen Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft, Behinderung oder Geschlecht gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Versorgung bietet. Gesundheitspolitik muss zudem als Querschnittsaufgabe gedacht werden, die auch Aspekte von Bildung, Umwelt, Feminismus, Queerpolitik, Inklusion, Arbeit und Wohnen umfasst. Denn Gesundheit bedeutet mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit.

3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen: Dezentral, präventiv, barrierefrei

Viele kennen das: Volle Wartezimmer, man bekommt ewig keinen Termin bei Fachärzt*innen. Und wenn man einen Termin hat, dann bleibt kaum Zeit für ein ausführliches Gespräch. Der demografische Wandel und der Ärzt*innenmangel verschärfen diese Unterversorgung. Unsere Antwort ist der Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren, die wohnortnah, präventiv und barrierefrei arbeiten.

Unsere Forderungen:

- Aufbau kommunaler medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft
- Teams aus Ärzt*innen, Pflege- und Gesundheitsberufen in multiprofessioneller Zusammenarbeit
- Flexible Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen ohne ökonomisches Risiko
- Barrierefreie Zugänge für alle: baulich, kommunikativ und sozial
- Gute Anbindung der Gesundheitszentren an den Nahverkehr

- Queere Versorgung berücksichtigen (PrEP, Hormonersatztherapie (HRT), Psychotherapie etc.)

3.2 (Re-)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen umsetzen

Auch die Oldenburger Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, weil sie unter dem Druck stehen, Gewinne zu erwirtschaften. Besonders wohnortnahe Kliniken und Pflegeeinrichtungen sind von Schließung bedroht, oft mit verheerenden Folgen für die Versorgung: Eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung und würdige Pflege in Wohnortnähe drohen dadurch verlorenzugehen. Unser Ziel ist eine Gesundheits- und Pflegeversorgung in öffentlicher Hand, die dem Prinzip der umfänglichen und kostenfreien Daseinsvorsorge statt den Profitinteressen folgt.

Unsere Forderungen:

- Erhalt und Förderung kommunaler Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- Überführung privater Kliniken und Pflegeheime in gemeinwohlorientierte Trägerschaft
- Ausbau und Stärkung des kommunalen Rettungsdienstes

3.3 Gute Pflege sichern: Mehr Personal, bessere Löhne, ambulant und stationär

Viel zu viele Pflegekräfte sind überlastet und verlassen deshalb den Beruf. Abhilfe kann hier nur durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden. Denn ein solidarisches Gesundheitssystem braucht gute Arbeit. Unser Ziel ist eine menschenwürdige und wohnortnahe Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalstandards.

Unsere Forderungen:

- Mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen, höhere Löhne mit Tarifbindung
- Kommunale Programme für familienfreundliche Schichtmodelle und Betreuungsangebote
- Hochwertige Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten

3.4 Geburtshilfe sichern

Hebammen und werdende Eltern leiden unter dem steigenden finanziellen Druck im Gesundheitswesen. Die Ökonomisierung und Profitorientierung gefährden eine flächendeckende Versorgung rund um die Geburt. Wir setzen uns für eine wohnortnahe Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsortes ein: unabhängig vom Einkommen. Familien haben Anspruch auf Hebammenbegleitung - von der Schwangerschaft bis zum Abstillen des Kindes. Auch Frauen, die sich gegen die Schwangerschaft entscheiden, brauchen angemessene Unterstützung. Kommunal kämpfen wir für Pilotprojekte, die über die Versorgung der Krankenkassen hinausgehen. Ziel ist eine wohnortnahe, sichere und selbstbestimmte Geburtshilfe.

Unsere Forderungen:

- Pilotprojekte für Hebammenbegleitung, die über den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen hinausgehen: finanziert oder initiiert von der Kommune
- Wohnortnahe Geburtshilfe sicherstellen, d.h. kein weiteres Schließen von Geburtsstationen im Stadtgebiet
- Freie Wahl des Geburtsortes (Klinik, Geburtshaus, Hausgeburt). Die Kommune kann Geburtshäuser fördern oder bezuschussen

- Unterstützung bei ungewollter Schwangerschaft: Ausbau kommunaler Beratungsangebote
- Soziale Gleichheit beim Zugang: unabhängig von Einkommen oder Wohnort, d. h. gezielte Förderung in sozial schwächeren Stadtteilen

3.5 Gesundheitswesen muss zivil bleiben

Die fortschreitende Militarisierung unseres Landes macht auch vor dem Gesundheitssystem nicht halt. Die Nationale Sicherheitsstrategie verfolgt einen Ansatz, der zivile und militärische Bereiche enger verzahnt: mit weitreichenden Folgen für die medizinische Versorgung. Die Bundeswehr zeigt ein wachsendes Interesse daran, bestehende Gesundheitsstrukturen für den sogenannten Ernstfall nutzbar zu machen.

Diskutiert werden bereits verpflichtende Fortbildungen zur sogenannten Triage im Kriegsfall – also dazu, wer behandelt wird, wenn nicht allen gleichzeitig geholfen werden kann. Diskutiert wird auch das Verbot zu kündigen für das medizinische Personal. Zivile Kapazitäten sollen im Ernstfall der Bundeswehr vorbehalten werden: Betten in einem ohnehin überlasteten System würden für Soldat*innen reserviert, OP-Kapazitäten eingeschränkt, Ressourcen umgeleitet werden. Damit droht eine Situation, in der die Versorgung der Zivilbevölkerung im Kriegsfall nicht mehr gewährleistet werden kann. Bewusst werden hierzu bereits seit Monaten politisch die Grenzen zwischen Kriegs- und Katastrophenmedizin verwischt. Doch Kriegsmedizin ist keine am Menschen orientierte Gesundheitsversorgung. Im Mittelpunkt steht nicht, Lebensqualität zu verbessern, Leiden zu lindern und Heilung zu ermöglichen. Ein solidarisches, gut ausgestattetes Gesundheitssystem darf nicht zum verlängerten Arm militärischer Logik werden.

Unsere Forderungen:

- Klare Trennung von zivilen und militärischen Strukturen. Die Bundeswehr hat in zivilen Krankenhäusern nichts zu suchen
- Investitionen in die kommunale Gesundheitsversorgung statt in Kriegstüchtigkeit. Öffentliche Mittel gehören in Personal, Infrastruktur und Versorgung, nicht in militärische Aufrüstung
- Eine medizinische Ausbildung frei von Kriegsmedizin. Lehre und Praxis müssen sich an zivilen, humanitären Prinzipien orientieren
- Solidarität mit gewerkschaftlichen und kollektiven Widerstandsbewegungen im Gesundheitswesen gegen die zunehmende Militarisierung

3.6 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigmatisierung

Psychische Krankheiten sind ein Thema, das in unserer Gesellschaft viel zu häufig gemieden wird. Erwerbstätige leiden zunehmend unter dem steigenden Leistungsdruck: vor allem Frauen, die neben beruflicher Verpflichtung oft die Hauptverantwortung für die Sorgearbeit (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege älterer Familienmitglieder) tragen. Die Corona-Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Gleichzeitig fehlen auch in Oldenburg Therapieplätze, wodurch sich die Situation für Betroffene weiter zuspitzt.

Unsere Forderungen:

- Mehr Therapieplätze durch die kommunale Förderung der Niederlassungen von Psycholog*innen und deren Weiterbildung. Ausbau von Gruppenangeboten, Tagesstätten und betreutem Wohnen

- Vernetzung zwischen Hausärzt*innen, Kliniken und Jugendhilfe stärken
- Digitale Beratungsangebote für Familien mit eingeschränkter Mobilität
- Einführung kommunaler Krisenteams mit 24/7-Erreichbarkeit

3.7 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen

Suchterkrankungen sind weit verbreitet, doch Betroffene stoßen oft auf Stigmatisierung statt auf Hilfe. Die Kriminalisierung von Drogenkonsum verhindert wirksame Prävention und verschärft soziale Probleme. Wir setzen uns für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik und eine flächendeckende Versorgung mit Beratungs- und Hilfsangeboten ein. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Gesundheitsschutz und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten.

Unsere Forderungen:

- Aufklärungskampagnen in Schulen, Vereinen und Jugendzentren
- Ausbau kommunaler Anlaufstellen zur Suchtberatung und Substitution
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Drogenkonsumräumen
- Modellprojekte zur Entkriminalisierung auf kommunaler Ebene

3.8. Förderung Schwimm- und Rettungsschwimmsport

Oldenburg ist eine Stadt, die umgeben ist von Seen und Kanälen und die unweit der Nordsee liegt. Sie sollte daher die Schwimmausbildung insbesondere für alle Kinder, aber auch für Erwachsene, stärker als kommunale Pflichtaufgabe anerkennen.

Eine Stadt, die außerdem ihre Wasserrettungsorganisationen stärkt, investiert unmittelbar in Sicherheit, Gesundheit und eine nachhaltige Jugendarbeit.

Dies ist derzeit aufgrund von Wartezeiten zur Schwimmausbildung und den eingeschränkten Wasserzeiten in den städtischen Bädern nicht ausreichend der Fall. Zur Absicherung der Seen, in Bädern und am Meer sollten alle Vereine, die Rettungsschwimmer*innen ausbilden und im Katastrophenschutz mitwirken, gute Rahmenbedingungen durch die kommunale Politik vorfinden.

Unsere Forderungen:

- bedarfsgerechte und bezahlbare Vergabe von Wasserzeiten für alle ausbildenden Vereine in den Schwimmbädern, insbesondere für die Förderung der Nachwuchsarbeit
- Aufnahme aller Vereine in den Stadtsportbund, die Rettungsschwimmer*innen ausbilden
- Erhalt und ausreichende Wartung aller kommunalen Schwimmbäder zugunsten der Schwimmausbildung/Praxis anstatt Fokus auf Spaßbäder

4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen – Gut, gerecht und transparent

Die Stadt Oldenburg ist nicht nur eine große Arbeitgeberin, sie hat auch Einfluss auf die wirtschaftliche Ausrichtung und Funktionalität ihrer Region. Die Kommune hat den größten Anteil an den Infrastrukturinvestitionen und könnte verschiedenste Werkzeuge nutzen, um lokal und regional die Wirtschaft mitzugestalten. Die Kommunen sind jedoch zugleich chronisch unterfinanziert. Die Spielräume, die es gibt, werden meist aber wenig oder gar nicht genutzt - und nur dann, wenn es nicht mehr anders geht, oder zu Gunsten von Einzelinteressen statt im Interesse der Mehrheit von uns.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Oldenburg die Prioritäten im Gemeinwohl setzt. Es ist an der Zeit, dass wir die Interessen der Bürger*innen an die erste Stelle setzen und im ersten Schritt überlegen, was die Bewohner*innen unserer Stadt brauchen, um hier gut leben zu können. Denn auch ein lebenswertes Umfeld für Beschäftigte und deren Familien ist Standortfaktor. Auch Kitas sichern Arbeitsplätze. Auch gute Bildung hilft gegen Fachkräftemangel. Dafür braucht es mehr als einen moralischen Kompass in Einzelentscheidungen. Es braucht ein Konzept, das wirtschaftliche Stärke als Resultat sozialer Sicherheit erkennt.

Mit der VWG (Verkehr- und Wasser GmbH), der kommunalen Wohnungsgesellschaft GSG und der Bäderbetriebsgesellschaft haben wir einen Teil der Wirtschaft in der Hand. Allerdings werden die Beteiligungsgesellschaften nicht öffentlich gesteuert, weil sie ausgegliedert und privatrechtlich organisiert sind. Das ist ein demokratischer Mangel, den wir perspektivisch beheben wollen.

4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit: Faire Löhne, starke kommunale Betriebe

Arbeit in kommunaler Verantwortung kann Vorbild sein: für faire Bezahlung, Tarifbindung und Mitbestimmung. Doch zu oft sehen wir Ausgliederungen, prekäre Beschäftigung und Lohn-dumping. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für unsere kommunalen Beschäftigten. Zudem sollte die Stadt Oldenburg ihre Möglichkeiten nutzen, um Tariftreue auch bei Zulieferern und Dienstleistern einzufordern.

Unsere Forderungen:

- Die Stadt Oldenburg soll sich aktiv für höhere Tarifabschlüsse in den kommunalen Arbeitgeberverbänden einsetzen, Tarifbindung in allen städtischen Betrieben sichern und konsequent anwenden. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn bspw. bei der VWG und der Bäderbetriebsgesellschaft
- Stärkung demokratischer Mitbestimmungsrechte in der Stadtverwaltung und in allen städtischen Gesellschaften, auch in ausgegliederten oder teilprivatisierten Bereichen. Die Beschäftigten sollen aktiv in Entscheidungen einbezogen werden, zumindest, wenn diese das eigene Arbeitsumfeld betreffen
- Keine Ausgliederungen, Leiharbeit, sachgrundlose Befristung oder prekäre Beschäftigung in kommunaler Verantwortung
- Tariftreue bei Vergaben: Öffentliche Gelder darf es nur geben, wenn gute Arbeitsbedingungen garantiert sind
- Bei nicht ausschreibungspflichtigen Vergaben Betriebe der Stadt und Region bevorzugen
- Arbeitssuchende, Menschen mit Beeinträchtigung und Geflüchtete dürfen nicht als Billigarbeitskräfte ausgebeutet werden: gleiche Rechte und Bezahlung für alle

- Entlastung für Beschäftigte in Verwaltungen, Feuerwehr, Kitas und Krippen: mehr Personal statt Arbeitsverdichtung. Für eine transparente und konsequente Personalbemessung
- Stärkung kommunaler Kontrollstrukturen, d.h. enge Kooperation mit Zoll und Arbeitsschutzbehörden
- Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftlicher Mitbestimmung
- Jährliche städtische Konferenzen mit den städtischen Betriebs- und Personalräten und DGB-Gewerkschaften.

4.2 Energie, Wasser und Abfall als öffentliche Daseinsvorsorge garantieren

Energie, Wasser und Abfall sind aus unserer Sicht als fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verstehen. Doch in den letzten Jahrzehnten wurden Teile davon privatisiert oder ausgelagert. Die Folge: steigende Preise, schlechtere Leistungen, weniger demokratische Kontrolle. Kommunen dürfen nicht abhängig sein von Konzernen, die auf Gewinnmaximierung setzen. Wir wollen eine Rekommunalisierung zentraler Bereiche und eine verlässliche Versorgung für alle.

Unsere Forderungen:

- Rekommunalisierung von Energie- und Wasserbetrieben. Einfluss der Stadt im EWE-Verband nutzen
- Ausreichende Finanz-, Sach- und Personalmittel für öffentliche Betriebe bereitstellen
- Sozial verträgliche Gebührenmodelle und Absicherung gegen Energiesperren
- Aktive Einflussnahme auf die GSG-Energie und ihrer Preisgestaltung
- Transparente Entscheidungsprozesse, bei denen die Bürger*innen beteiligt werden

4.3 Gerechte Kommunalfinanzen: Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit

Viele Kommunen können ihre Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen, weil ihnen Einnahmen fehlen und sie gleichzeitig unter hohen Belastungen leiden. Schuldenbremsen und unzureichende Finanzierung durch Bund und Land verschärfen die Krise. Dabei geht es um zentrale Aufgaben: Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur und soziale Teilhabe. Finanzpolitik darf nicht in Hinterzimmern geschehen, sondern muss transparent, gerecht und nachvollziehbar sein.

Unsere Forderungen:

- Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gleichstellungs- und Teilhabeprojekte im Haushalt
- Planungssicherheit durch Grundförderung für Pflichtaufgaben wie Jugendhilfe
- Gewerbesteuerhebesatz von 439% auf 460% anheben, um die „Steueröasen“-Logik zwischen Kommunen zu verhindern
- Auskunftsrechte für Bürger*innen über Einnahmen und Ausgaben durch verständliche offizielle Mitteilungen ernstnehmen
- Öffentliche Beratung aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten und Ausschüssen, für eine transparente Haushaltsführung
- Erhöhung Spielgerätesteuern (auch Automatensteuer genannt)
- Erhebung von Nutzungsgebühren gegenüber Unternehmen (Fernbusse und E-Scooter), deren Geschäftsmodell auf der Nutzung öffentlicher Straßen und Wege basiert

4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik soll nachhaltig sein

Immer weniger Betriebe bezahlen ihre Beschäftigten nach Tarif, die Mitbestimmung wird geschwächt und viele Firmen setzen auf unsichere Jobs mit schlechter Bezahlung. Das muss nicht so sein: Wir streiten für eine aktive Wirtschaftspolitik an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften.

Unsere Forderungen:

- Wirtschaftsförderung und kommunale Bürgschaften nur, wenn gute, tarifgebundene Arbeitsplätze entstehen
- Tariftreue grundsätzlich bei allen Aufträgen, auch unterhalb der bisherigen Schwellenwerte
- Kommunale Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch Beschäftigte einführen
- Förderung von Genossenschaften und anderen solidarischen Wirtschaftsmodellen
- Unterstützung für Betriebe, die auf nachhaltige und gesellschaftlich notwendige Produkte setzen

4.5 Unsere Innenstadt als lebendiger Treffpunkt für alle

Viele Innenstädte in Niedersachsen veröden, weil Mieten steigen und in der Folge Mieter*innen und Einzelhändler*innen wegziehen müssen. Der Konsumzwang schließt zudem viele Menschen aus. Wir dagegen wollen die Oldenburger Innenstadt als Ort des sozialen Lebens erhalten und weiterentwickeln – mit Kultur, Treffpunkten und Versorgung für alle. Geschäftsumsätze für die einen dürfen nicht Ausgrenzung für die anderen bedeuten. Städtisches Leben soll wieder mehr Gemeinschaftserlebnis für alle ermöglichen.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Konzepte für Innenstädte ohne Konsumzwang: Plätze, Parks, Räume für Begegnung, Treffpunkte sowie Stadtteiltreffen ohne Bezahlzwang
- Innenstädtische Freiräume für Jugendliche schaffen und erhalten
- Förderung kleiner Einzelhändler*innen, welche die Nahversorgung sichern
- Unterstützung für Projekte, die von Genossenschaften betrieben werden
- Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung des Stadtzentrums und der Stadtteiltreffs
- Frei zugängliche und gepflegte Toiletten
- Förderung von Kultur, Märkten und Festen im öffentlichen Raum

5. Umweltschutz, erneuerbare Energie, Ernährung – Klimaschutz für jede*n

Oldenburg muss bis 2035 klimaneutral werden. Das hat der Rat der Stadt im Jahr 2021 beschlossen. Was vergessen wurde: dafür Sorge zu tragen, dass für dieses Ziel nicht die arbeitenden Menschen die Zeche zahlen müssen. Wir wollen Klimaschutz, aber richtig und sozial gerecht. Als Linke wollen wir die Energieversorgung der Profitgier der Konzerne entziehen und sie zu einer öffentlichen Aufgabe machen, die für alle bezahlbar bleibt. Anstatt unsere Natur für teure Bauprojekte zu opfern, wollen wir unsere Bäume und Moore als Lebensraum für uns alle schützen. Wir kämpfen für eine Stadt, in der wir Dinge teilen und reparieren statt sie wegzuwerfen - mit Umsonstläden und Tauschstationen in jedem Viertel. Es ist Zeit, dass

die Bedürfnisse der Oldenburger Bürger*innen mehr zählen als die Gewinne der großen Firmen.

5.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren.

Wir wollen eine dezentrale Energiewende in kommunaler und genossenschaftlicher Hand: öffentlich kontrolliert und naturverträglich. Einnahmen aus lokaler Stromproduktion sollen direkt vor Ort für günstige Tarife und bessere kommunale Leistungen genutzt werden. Klimapolitik und Energiewende werden dabei hauptsächlich auf Bundesebene gemacht: Das sogenannte „Heizungsgesetz“, der Netzausbau, das Kohleausstiegsgesetz, die Emissionsvorgaben für PKW oder der Bahnausbau etc. Auch hier steht Die Linke für sozialen Klimaschutz. Dieser darf Ärmere nicht ärmer machen und er muss das Menschenrecht auf Energie sichern. Wir fordern eine garantierte Basisfreimenge Strom und Wärme, ticketfreien Nahverkehr oder Sanierungsförderung für geringe Einkommen. Der kommunale Einfluss darauf ist jedoch gering. Dennoch haben wir für unsere Stadt viele Vorschläge, um die Energiewende voranzutreiben.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Förderung energetischer Sanierung stärker an Einkommensgrenzen koppeln
- Balkonsolar für Mieter*innen fördern
- Stärker Einfluss nehmen auf die Geschäftspolitik der EWE: Strom- und Wärme-Sozialtarife für Menschen mit Wohnsitz in Oldenburg, keine Strom- und Gassperren mehr
- Keine Investition der EWE in Gasförderung
- Weiterer Ausbau von Photovoltaik an/auf städtischen Gebäuden
- Förderung von Genossenschaften/Nachbarschaftsinitiativen mit dem Ziel kollektiver Wärmeversorgung

5.2 Artenschutz, Stadtgrün und Biodiversität fördern

Naturzerstörung ist kein Kollateralschaden, sondern Teil eines Geschäftsmodells: Profitorientierte Bau- und Agrarprojekte verdrängen Artenvielfalt und versiegeln Flächen. Wir stellen uns gegen diese Politik und setzen auf eine ökologische Stadt- und Regionalentwicklung, die Biodiversität fördert – zum Nutzen aller. Moore, Wälder, Wiesen und Stadtgrün sind unverzichtbar: Sie speichern CO₂ und helfen so beim Klimaschutz. Und sie schützen vor Hitze und Starkregen. Ihre Zerstörung richtet oft größeren Schaden an, als technische Einsparungen ausgleichen. Deshalb stehen wir für den Schutz und der Renaturierung von Mooren, für ein Ende weiterer Flächenversiegelung und für den Erhalt und der Weiterentwicklung der Baumschutzsatzung in Oldenburg.

Stadtbäume sind kein Luxus, sondern notwendige Infrastruktur für ein gesundes Stadtklima. Sie spenden Schatten, kühlen die Stadt und bieten Lebensraum für viele Tierarten. Deshalb wollen wir auch Brut- und Schutzräume für Insekten und Singvögel sowie heimische nicht-invasive Tier- und Pflanzenarten stärken. Artenschutz und Begrünung gehören dabei zusammen: Mit der gezielten Bepflanzung geeigneter Arten schaffen wir Lebensräume für Bienen, Hummeln, Marienkäfer, Ameisen und weiteren Nützlingen. Denn die Artenvielfalt heimischer Fauna und Flora ist eine Grundlage funktionierender Ökosysteme – und damit auch unserer Lebensgrundlagen.

Unsere Forderungen:

- Entsiegelung und flächensparende Bauleitplanung
- Begrünung öffentlicher Flächen, sukzessive Dachbegrünungen für öffentliche Gebäude, Baumschutzsatzung modernisieren
- Schutz von Biotopen, Gewässern und Kulturlandschaften
- Naturnahe Grünflächen in Wohnquartieren und an Bildungseinrichtungen fördern
- Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete
- Wiedervernässung von Mooren, die zuverlässige CO₂-Speicher sind
- Förderung des Lebensraums von nicht-invasiven Tier- und Pflanzenarten

5.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen

Die Klimakatastrophe trifft zuerst die Einkommensschwachen, ob mit Hitze in schlecht isolierten Wohnungen, Dürren in der Landwirtschaft oder Überschwemmungen in schlecht gesicherten Wohnlagen. Gleichzeitig beuten Getränke-, Agrar- und Bauindustrie Wasser und Böden rücksichtslos aus. Oldenburg muss wie alle niedersächsischen Kommunen die Bürger*innen auf die Folgen der Klimakrise vorbereiten. Und zwar so, dass dies allen zugutekommt und niemand benachteiligt wird.

Unsere Forderungen:

- Wasser als öffentliches Gut sichern, keine Privatisierung. Regenwassernutzung, Entsiegelung und Flächen zur Wasserspeicherung fördern
- Ausbau von Schutzmaßnahmen gegen Extremwetter und Katastrophenschutz. Oldenburg braucht einen eigenen, verbindlichen Hitzeschutzplan. Dazu müssen auch kostenfreie Trinkwasserbrunnen und Sprinkleranlagen im öffentlichen Raum gehören
- Entsiegelungsstrategie endlich konsequent um- und fortsetzen
- Mehr Grünflächen in der Stadt

5.4 Mehr Öko in Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz

Die Landwirtschaft steht heute unter massivem Druck: steigende Kosten, Preisdiktate der Agrar- und Lebensmittelkonzerne sowie die anhaltende Abhängigkeit von Monokulturen. Gerade kleine und mittlere Höfe geraten so in eine gefährliche Schieflage, obwohl sie das Rückgrat unserer Versorgung sind. Wir wollen den Kreislauf aus Überproduktion und Preis-Erpressung durchbrechen und eine solidarische Landwirtschaft fördern, die gesunde Lebensmittel für alle bereitstellt. Ernährung ist außerdem ein relevanter Klimafaktor. Eine gesunde und pflanzenbasierte Ernährungsstrategie in kommunalen Einrichtungen (wie Schulen, Cafeterien, Rathaus etc.) ist ein wirksamer, kostengünstiger und sozial vermittelbarer Schritt. Regionale und ökologische Produkte sollen Vorrang haben. Lebensmittelverschwendung muss reduziert werden, so sollen Initiativen wie Foodsharing unterstützt werden. Des Weiteren soll sich die Kommune verpflichten, in ihren Einrichtungen überschüssige, noch genießbare Lebensmittel zu verwenden.

Unsere Forderungen:

- Keine kommunale Unterstützung für neue Mastbetriebe und Schlachthöfe
- Förderung für ökologische Landwirtschaft und deren regionaler Vermarktung
- Kommunale Ernährungsstrategien: Bio, regional, gesund und pflanzenbasiert in Schulen und Kantinen
- Unterstützung für bäuerliche Betriebe im Preisdruck der Agrarindustrie und Discounter

- Förderung von Maßnahmen zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft
- Förderung bestehender Foodsharing-Strukturen und Rücknahme der Kürzungen beim Ernährungsrat Oldenburg
- Verpflichtung aller öffentlichen kommunalen Einrichtungen, noch verwertbare Lebensmittel weiterzugeben

5.5 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen

Wegwerfproduktion und Ressourcenabbau bringen Profite für Wenige und Kosten für alle. Wir setzen dagegen auf eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall vermeidet, Ressourcen schont und öffentlich organisiert ist. Eine Förderung des kommunalen Bewusstseins zum ressourcenorientierten Umgang mit Ge- und Verbrauchsgegenständen ist wichtig, um der naturzerstörenden „Wegwerf-Gesellschaft“ entgegenzuwirken. Die Förderung von entsprechenden Angeboten und Initiativen innerhalb der einzelnen Stadtteile sehen wir als wichtiges Mittel hierfür. Auch ist es notwendig, dass die Stadt mehr Ressourcen zur Verfügung stellt, um es den Bürger*innen zu erleichtern, auf Abfall-, Altglas- und Altkleidercontainer zuzugreifen.

Unsere Forderungen:

- Unterstützung von Repair-Cafés, Umsonstläden und Tauschinitiativen
- Ein umfassendes kommunales Programm zur Abfallvermeidung
- Wertstoffhöfe engmaschig ausbauen, entsprechende Container fußläufig aufstellen
- Nachhaltige kommunale Beschaffung nach dem Kreislaufprinzip
- Verschenke-Kultur ausbauen: überdachte, durchgängig zugängliche Tauschstationen an allen Kleider- und Glascontainern

5.6 Klimaschutz braucht Mitsprache

Klimapolitische Entscheidungen wirken sich tiefgreifend auf den Alltag, die Umwelt und das Zusammenleben in Oldenburg aus. Deshalb müssen sie demokratisch legitimiert sein. Eine wirkliche Mitsprache der Bürger*innen bei solchen wichtigen Prozessen trägt dazu bei, dass die Menschen sich mit dem Thema auseinandersetzen und die bisherigen Ansätze der Bürger*innenbeteiligung nicht nur als Symbolpolitik verstehen. Die Interessen von Großunternehmen dürfen nicht über dem Interesse der Anwohner*innen und Bürger*innen Oldenburgs liegen.

Unsere Forderungen:

- Verbindliche Bürger*innenbeteiligung bei Großprojekten und transparente Entscheidungsprozesse
- Klimaschutz als Querschnittsaufgabe von Verwaltung und Politik angehen

6. Verkehr – Mobilität für alle, bezahlbar und klimafreundlich

Freie, klimaneutrale Mobilität versteht Die Linke Oldenburg/Ammerland als ein Grundrecht. Denn Mobilität ist die Voraussetzung dafür, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können - zur Arbeit, zur Schule, zu Ärzt*innen oder Freund*innen gelangen können. Und das unabhängig vom Geldbeutel. In der bisherigen Verkehrspolitik der Stadt Oldenburg sehen wir durchaus gute Ansätze im Ausbau von Fahrradwegen und einem breit angelegten Busnetzwerk. Dennoch wird im Alltag deutlich: Es ist nicht für alle möglich, von jedem Stadtteil schnell und günstig in andere Stadtteile zu kommen. Es ist nicht möglich, sicher und gefahrenfrei in

Oldenburg Fahrrad zu fahren. Und auch Straßenlärm und Luftverschmutzung belasten die Bürger*innen Oldenburgs. Dabei ist es kein Zufall, dass häufig ärmere Menschen die autofreundliche Verkehrsplanung mit ihrer Gesundheit bezahlen.

Wir wollen einen Nahverkehr, der Menschen zusammenbringt. Die Wege und Straßen in Oldenburg müssen so gestaltet sein, dass von überall in 15 Minuten ein ruhiger und erholsamer Ort fußläufig erreicht werden kann. Die Stadt muss so gestaltet sein, dass sie zur Bewegung anregt. Grüne Fahrrad- und Fußwege müssen die Alternative zum grauen Auto-Alltag werden. Dabei muss Barrierefreiheit ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur sein.

6.1 Gut angebunden durch Nahverkehr zum Nulltarif

Klar für uns ist: Das Busangebot in Oldenburg muss ausgebaut und kostenfrei werden. Gerade Rentner*innen, Geringverdienende und unbezahlt Sorgetragende können sich die Busfahrt häufig nicht leisten. Hinzu kommen schlechte Taktfrequenzen wie Abfahrtszeiten. Wir sagen: Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob ein*e Rentner*in sich mit Freund*innen zum Kaffee in der Bäckerei oder zum Mittagstisch treffen kann. Niemand darf durch ein geringes Einkommen von dem Besuch von Kultur- und Freizeitorten ausgeschlossen werden.

Skandalös ist weiterhin die ungleiche Bezahlung der Busfahrer*innen bei der VWG. Um den Busverkehr in Oldenburg langfristig zu sichern, muss die Stadt aktiv das Handeln der VWG bestimmen und vorgeben. Die Busflotte muss vergrößert und klimaneutral werden. Nur eine gute Bezahlung der Beschäftigten garantiert, dass der VWG genügend Busfahrer*innen zur Verfügung stehen, um eine höhere Taktung zu ermöglichen.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Finanzierung sichern durch Zuschüsse des Landes sowie großer Arbeitgeber, wie der EWE oder CEWE, die vom öffentlichen Nahverkehr profitieren
- Sofortiger kostenloser Busverkehr an Freitagen und Samstagen, mit Perspektive auf vollständig kostenfreien Nahverkehr
- Einführung eines Sozialtickets für Rentner*innen, Schüler*innen, Einkommensschwache und Arbeitssuchende sowie für geflüchtete Personen
- Vergrößerung der VWG-Busflotte durch E-Busse sowie neue Direktverbindungen zwischen den Stadtteilen. Eine höhere Taktung des Busverkehrs zu den umliegenden Städten und Orten
- Überführung der VWG-Beschäftigten in den landesweiten Tarifvertrag-Nahverkehr (TV-N)
- Etablierung einer öffentlichen Ruftaxi-Flotte als Ergänzung zum Busverkehr und zur freien Verfügung für Frauen/FLINTA*, sobald es dunkel ist
- Ausbau der Park and Ride-Angebote für Pendler*innen aus dem Umland, um die Stadt vom Individualverkehr zu entlasten

6.2 Fuß- und Radverkehr fördern

Das Prinzip der „walkable cities“, also der Städte, bei denen alles zu Fuß erreicht werden kann, ist ein ideales Konzept. Es beginnt damit, überhaupt Fußverkehr zu ermöglichen, anstelle den Fokus auf Verbrennermotore zu setzen. Eine gerechte Städteplanung muss daher Fußwege schaffen, welche auch FLINTA*-Personen bei Nacht betreten würden. Dazu muss der Fahrradverkehr in Oldenburg attraktiver gemacht werden. Fuß- und Fahrradverkehr müssen im-

mer Vorrang vor dem Autoverkehr haben. Potenzielle Gefahren, wie zum Beispiel das Parken von Autos am Straßenrand ("Dooring"), müssen abgebaut werden. Bei Neubauten muss die fußläufige Erreichbarkeit der grundlegenden Infrastruktur mitgedacht werden. Dazu ist eine größere Durchmischung von Wohn- und Gewerbehäusern notwendig.

Unsere Forderungen:

- Schluss mit glatten und unebenen Wegen! Ausbau und Modernisierung der Fuß- und Radwege und das barrierefrei
- Keine neuen Straßen, stattdessen Modernisierung des Bestands
- Fahrradinfrastruktur ausbauen: mehr Fahrradparkhäuser, überdachte Abstellanlagen, sichere Abstellmöglichkeiten an Nahverkehr-Haltestellen
- Schul- und Alltagswege sichern: Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen
- Ausbau eines städtischen Fahrradleihsystems
- Ausbau von autofreien und Tempo-30-Zonen
- Mehr Platz für Fuß- und Radverkehr statt für parkende Autos, Straßenrand-Parken nur noch mit Stadt-Ticket
- Einwohner*innen-Beteiligung bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen
- In Neubaugebieten müssen Wohn- und Gewerbegebäude durchmischt und fußläufige Erreichbarkeit zu Erholungsorten mitgedacht werden

7. Nie wieder Krieg und Faschismus! Für Frieden und Antimilitarismus

Die Linke ist und bleibt eine Partei des Friedens. Wir stehen für eine Außenpolitik, in der Menschenrechte unteilbar sind und keine doppelten Standards gelten. Unsere Perspektive ist die der betroffenen Menschen. Denn eine Welt, in der das Militär Priorität hat, ist eine Welt, in der die Bedürfnisse der Mehrheit systematisch ignoriert werden. Abrüstung ist daher nicht nur eine Frage des Friedens, sondern auch eine Frage der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit vor Ort.

Faschismus und Krieg sind keine Phänomene der Vergangenheit – sie stellen auch heute eine reale Bedrohung für unsere Gesellschaft dar. Betroffene müssen geschützt und Nazis und rechte Strukturen aktiv bekämpft werden. Doch diese Maßnahmen allein bleiben Symptombekämpfung, solange die Ursachen unangetastet bleiben. Deshalb müssen wir den ungerechten gesellschaftlichen Bedingungen entschieden entgegenzutreten, unter denen autoritäre Entwicklungen, Militarisierung und Feindbild-Narrative entstehen und gesellschaftliche Zustimmung gewinnen – auch innerhalb demokratischer Strukturen.

Im Sinne der Interessen des Nationalstaats soll so gerechtfertigt werden, dass Menschen ihre Bedürfnisse aufopfern. Um bessere Bedingungen zu erreichen, muss der Gedanke von Nationalismus bekämpft werden.

Gleichzeitig führt ein nationales „Wir-Gefühl“ dazu, dass Menschen aus verschiedenen Nationen gegeneinander kämpfen, um wirtschaftliche Staatsmacht zu sichern. Dafür wird der Sozialstaat immer weiter eingekürzt. Errungenschaften der geeinten Arbeiterbewegung wie der 8-Stunden-Tag werden abgebaut. Jedem Menschen wird eingeredet, er müsse „seinen Teil beitragen“, wodurch Arbeit in erster Linie dem Erfolg und Profit des Staats dient, nicht dem Menschen selbst.

Eine konsequente Friedenspolitik ist untrennbar mit antifaschistischer und antikapitalistischer Politik verbunden. Kommunen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie entscheiden zwar nicht direkt über die Verteidigungspolitik, können aber gesellschaftliche Debatten mitprägen. In Städten und Gemeinden organisieren sich Menschen, entstehen Initiativen und wird politische Bildung gelebt. Unser Ziel ist es, diese Räume für die Entwicklung einer zivilen und solidarischen Gesellschaft zu nutzen. Im Kommunalparlament vertreten wir klar eine Opposition gegen Sozialabbau und kommunale Aufrüstung, denn Prekarisierung und menschenfeindliche Politik liefern dem Rechtsruck den Nährboden. Kommunen können so Orte einer aktiven, antifaschistischen und friedensorientierten Politik von unten sein.

7.1 Oldenburg: Von der Garnisonsstadt zu einer Stadt des Friedens und des Miteinanders

Oldenburg wurde über Jahrhunderte vom Militär geprägt. Sowohl während des Faschismus als auch in der Nachkriegszeit war die Stadt eine bedeutende Garnison: Noch heute ist hier der Stab eines Panzer-Großverbands stationiert. Höchste Zeit also, unsere Stadt in einen Ort des Friedens zu verwandeln. Faschismus kann zu jeder Zeit gesellschaftlich entstehen. Gerade deshalb müssen kommunal aktiv Maßnahmen gegen die fortschreitende Militarisierung getroffen werden.

Wir wenden uns gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und fordern die Schaffung einer kommunalen Beratungsstelle zur Kriegsdienstverweigerung. Die Bundeswehr soll weder an Schulen, Hochschulen noch bei Veranstaltungen wie der job4u-Messe oder im Jobcenter als „normaler Arbeitgeber“ für sich werben dürfen. Wir sehen uns in der Verantwortung, sicherzustellen, dass es keine Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und den kommunalen Krankenhäusern gibt. Die Gründe, warum junge Menschen die Einstellung bei der Bundeswehr in Erwägung ziehen, sind gesellschaftlich verankert: Perspektivlosigkeit, Sozialabbau, und eine massive Unsicherheit der Wirtschaftslage locken junge Menschen mit falschen Versprechen von Jobsicherheit, Aufstiegschancen und einer nationalistischen Kameradschaftlichkeit oder vermeintlicher Verteidigung der Demokratie in die Fänge der Kriegstreiber.

Die Notwendigkeit eines Arbeitsplatzes im kapitalistischen System darf niemanden in die Kriegswirtschaft treiben. Es muss sich auf zivile Belange konzentriert werden: Eine Zivilklausel, also die Selbstverpflichtung, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen und zu produzieren, soll Grundlage für die Forschungseinrichtungen der Stadt und Voraussetzung für kommunale Wirtschaftsförderung sein.

Die Stadt Oldenburg muss sich gegen eine Vereinnahmung des Industriesektors durch das Militär zur Wehr setzen und einer Normalisierung der Kriegsvorbereitung zuvorkommen. Hierzu zählen die Verhinderung der Vergabe von Industrieflächen, kommunalen Zuschüssen und öffentlichen Aufträgen sowie des schnellen Zugangs zu Gründernetzwerken für Rüstungsunternehmen durch die Stadt Oldenburg.

Die städtische Infrastruktur soll, wie im „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr gefordert, auf Kriegstüchtigkeit getrimmt und für einen möglichen Krieg auf deutschem Boden oder in Osteuropa vorbereitet werden und so den nationalistischen Angst- und Feindbildgedanken durch Verunsicherung in den Köpfen der Menschen verankern. Wir wollen Brücken, Gleise und Straßen für Menschen statt für Panzer; Universitäten, die für den zivilen Fortschritt und nicht für den Tod forschen, und Unternehmen, die Butter statt Kanonen produzieren. Wir

betreiben friedensorientierte Kommunalpolitik, die der profitgetriebenen Aufrüstung klar widerspricht.

Unsere Forderungen:

- Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen
- Einführung einer kommunalen Zivilklausel als Voraussetzung für städtische Wirtschaftsförderung
- Aufbau einer kommunalen Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer für junge Menschen, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnen
- Umbenennung militärisch geprägter Straßennamen
- Beendigung der seit 1984 bestehenden offiziellen Patenschaft zwischen der Stadt Oldenburg und der Bundeswehr
- Stattdessen: Stärkung des friedenspolitischen Engagements Oldenburgs, etwa im internationalen Bündnis „Mayors for Peace“ für nukleare Abrüstung, gegen Kriege und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen weltweit
- Keine militärische Ausstattung, wie der nach Oldenburg benannten Korvette 130 „Oldenburg“ (Kriegsschiffsklasse), soll den Namen unserer Stadt tragen

7.2 Erinnerungskultur ausbauen

Erinnern bedeutet, aus der Geschichte für den antifaschistischen Kampf in der Gegenwart zu lernen. Ziel ist eine lebendige Erinnerungskultur, die die Vergangenheit bewahrt, die Gegenwart kritisch beleuchtet und politische Orientierung für die Zukunft bietet. Zu erinnern muss immer zu handeln bedeuten. Passivität, Beistehertum und politischer Pessimismus dürfen keine Konsequenz aus einer aktiven Erinnerungskultur sein. Kommunal entwickeln sich Ideen, verschiebt sich die Wahrnehmung gesellschaftlicher Phänomene durch aktive Beteiligung.

Der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, ist nicht nur ein historischer Gedenktag, sondern auch ein Auftrag für Gegenwart und Zukunft. Die Lehren aus dem Sieg über den Faschismus müssen auch heute Maßstab politischen Handelns sein. Eine solche Erinnerungskultur stärkt antifaschistisches Bewusstsein und schafft die Grundlage dafür, dass „Nie wieder Faschismus“ mehr ist als ein Versprechen, sondern eine politische Verpflichtung.

Ein konkretes Beispiel aus unserer Stadtgeschichte: Am 25. April 1945 wurden an den Laterne der Kreuzung Bremer Straße/Stedinger Straße/Cloppenburger Straße Soldaten öffentlich erhängt. Sie hatten den weiteren Gehorsam für den verbrecherischen Krieg verweigert und wurden dafür ermordet. Mehr als 80 Jahre nach ihrem Tod wird ihnen noch immer die Anerkennung für ihren Mut verwehrt. Wir fordern die Errichtung eines Mahnmals zu ihrem Gedenken. Gleichzeitig unterstützen wir die Initiativen für die Neugestaltung der als Krieger-Denkmal errichteten heutigen „Friedenssäule“ am Friedensplatz, deren Bronzestatue 1942 abgenommen und für Kriegsmunition eingeschmolzen wurde. Ein Mahnmal für die Deserteure und eine künstlerische Neugestaltung der Friedenssäule sollen die heute wieder so dringliche Diskussion über Krieg und Frieden in der Stadtgesellschaft anregen und für zivile Konfliktlösungen werben.

Unsere Forderungen:

- Errichtung eines Mahnmals für die am 25. April 1945 hingerichteten Deserteure
- Neugestaltung der „Friedenssäule“ am Friedensplatz als kritisches Erinnerungszeichen

- Etablierung kommunaler Gedenktage und Veranstaltungen, die sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen; insbesondere der 8. Mai als Feiertag mit Veranstaltungen zu den Lehren aus dem NS-Faschismus
- Förderung von Zeitzeug*innenprojekten in Schulen, Vereinen und Verbänden
- Bestehende Gedenkorte sichern und neue Erinnerungsorte schaffen

7.3 Antifaschismus im Alltag stärken und Betroffene schützen

Rechte Hetze und Gewalt gefährden das friedliche Zusammenleben. Antifaschismus muss im Alltag präsent sein und Betroffene schützen und darf nicht kriminalisiert werden. Rechte Gewalt trifft Menschen konkret vor Ort. Oft fehlt es an Schutz und Solidarität. Unser Ziel ist eine kommunale Politik, die Betroffene ernstnimmt, aktiv unterstützt und Demokratie stärkt.

Unsere Forderungen:

- Aufbau kostenloser kommunaler Beratungs- und Unterstützungsstellen für Betroffene rechter Gewalt, sowie die Einrichtung von Schutzräumen und Notfallfonds für Betroffene
- Vernetzung mit Opferschutzverbänden stärken
- Öffentliches Eintreten von Bürgermeister*innen und Ratsmitgliedern für eine antifaschistische Grundhaltung
- Schaffung kommunaler Aktionspläne und Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere gegen Rassismus und Antisemitismus sowie gegen Sexismus und Ableismus. Aufklärung und Sensibilisierung in Schulen, Vereinen und Betrieben

8. Migration, Integration und Antirassismus

Migration ist ein Normalzustand und etwas Selbstverständliches. Rassismus hingegen ist ein Gift, das die Gesellschaft spaltet und Lohnabhängige im Interesse der Mächtigen gegeneinander ausspielt. Wir setzen uns für eine Kommune ein, die schützt statt ausgrenzt. Jedoch wird gerade auf dem Wohnungsmarkt oft rassistisch diskriminiert – Menschen mit erkennbar nicht biodeutschen Nachnamen werden bei der Wohnungsvergabe aussortiert oder mit zusätzlichen Auflagen schikaniert.

Unsere Forderungen:

- Bereitstellung von Wohnungen städtischer Wohnungsbaugesellschaften für Geflüchtete und Menschen mit Aufenthaltstitel
- Konsequentes Vorgehen gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, unter anderem durch eine öffentlich sichtbare und sprachbarrierefreie Meldestelle („Miet-Sheriff“)
- Die Abkehr von großen Sammelunterkünften hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen für Geflüchtete
- Prüfung und Übernahme von Modellprojekten zur Wohnraumvermittlung und zum Wohnraumschutz

8.2 Bildung, Sprache und Beteiligung

Auch in der Bildung ist durch Diskriminierung der Erfolg oft abhängig von Herkunft. Wir wollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihr Leben und die Stadtgesellschaft selbstwirksam mitzugestalten. Das Bildungssystem muss die Vielfalt der Kinder fördern, anstatt sie aufgrund ihrer Herkunft oder Sprache abzuwerten.

Beteiligung darf kein Symbol sein, sondern muss echte Mitbestimmung ermöglichen. Integration wird erst durch tatsächliche politische Rechte ermöglicht.

Unsere Forderungen:

- Kostenlose und wohnortnahe Deutschkurse für alle Menschen, auch für Geduldete
- Massiver Ausbau der Schulsozialarbeit an Schulen mit hohem Migrationsanteil
- Stärkung mehrsprachiger Elternarbeit, Bildungsberatung und Antidiskriminierungsberatung in Schulen
- Förderung von Patenschafts- und Begegnungsprogrammen in den Stadtteilen

8.3 Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus

Am 20. April 2025 wurde Lorenz in der Innenstadt von der Oldenburger Polizei erschossen. Dieser Fall hat Oldenburg tief schockiert und zeigt, wie tief rassistische Strukturen in staatlichen Behörden sitzen können. Wir fordern eine vollständige Aufklärung des Falls und eine klare antirassistische Haltung der Stadt Oldenburg. Sie muss präventiv handeln und einen weiteren Fall wie den Tod von Lorenz verhindern.

Unsere Forderungen:

- Aufbau einer starken, unabhängigen Antidiskriminierungsstelle mit Rechtsberatung und finanzieller Absicherung
- Einrichtung eines anonymen Meldesystems für rassistische Vorfälle in Oldenburg
- Verpflichtende Antirassismus- und Diversitätsschulungen für die Verwaltung, Schulen und die Polizei
- Einführung von Hausregeln („Code of Conduct“) gegen Alltagsrassismus in städtischen Gebäuden

8.4 Gute Arbeit und Gesundheit

Der Arbeitsmarkt ist gerade für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Geflüchtete oft ausbeuterisch. Arbeit ist jedoch ein zentraler Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dafür müssen wir Zugänge erleichtern und die Arbeitsbedingungen in den Betrieben verbessern. Als Linke fordern wir darüber hinaus, dass auch Gesundheitsleistungen und soziale Sicherung nicht von der Herkunft abhängig sein dürfen.

Unsere Forderungen:

- Eine kommunale Job- und Ausbildungsinitiative für Geflüchtete
- Erleichterung und bessere Beratung bei der Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse
- Kostenlose und anonyme Beratung bei Arbeitsausbeutung und Lohndumping
- Einführung einer kommunalen Gesundheitskarte für alle Menschen
- Ausbau mehrsprachiger und interkultureller psychosozialer Beratungsangebote

8.5 Schutz, Bleiberecht und Menschenwürde

Wir treten entschlossen einer menschenfeindlichen Abschottungspolitik entgegen. Oldenburg muss eine Stadt werden, die alle Menschen aufnimmt und willkommen heißt. Die Bezahlkarte für Asylsuchende ist diskriminierend und rechte Symbolpolitik; sie ist eine Scheinlösung für ein Scheinproblem und schränkt dabei massiv die Freiheit der Menschen ein, die auf sie angewiesen sind. Die Stadt muss sich klar und öffentlich gegen sie positionieren, von der Landesregierung die Entscheidungshoheit der Kommunen für den Einsatz der Bezahlkarte fordern und bis dahin intern für eine möglichst humane Umsetzung sorgen.

Unsere Forderungen:

- Oldenburg als „Sicherer Hafen“ - Aufnahme von mehr Geflüchteten
- Keine Abschiebehaft in Oldenburg sowie Schutz und Unterstützung von Kirchenasyl
- Ausbau der Erinnerungskultur zu Migration und antikolonialem Widerstand

9. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Diversität

Der gesellschaftliche Rechtsruck basiert darauf, Menschen gegeneinander auszuspielen. Wir stellen uns gegen jede Form von Spaltung, sei es durch Rassismus, Sexismus, Ableismus oder die Abwertung von Lebensentwürfen, die nicht der Norm entsprechen. Wahrer Zusammenhalt entsteht nicht durch Appelle, sondern durch die materielle Sicherheit und die Gleichberechtigung aller Menschen in Oldenburg.

9.1 Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit und LGBTQIA+

Wir stehen für die Gleichberechtigung aller Menschen und gegen die irrationale Wut auf alles, was nicht dem normierten Mann-Frau-Verhalten entspricht. Oldenburg ist Mitglied im Rainbow City Netzwerk, doch wir fordern Taten statt bloßer Symbolpolitik. Dazu braucht es mehr Sichtbarkeit von FLINTA* Personen und queerem Leben in der Stadt und dem Kulturbereich ohne Diskriminierung.

Unsere Forderungen:

- Dauerhafte finanzielle Absicherung des Queeren Zentrums Oldenburg und von Beratungsstellen wie „Na Und e.V.“, dem Mädchenhaus sowie der AIDS-Hilfe
- Verbindliche Umsetzung von Unisex-Toiletten bei städtischen Neu- und Umbaumaßnahmen
- Konsequente Maßnahmen gegen patriarchale Gewalt und Femizide sowie der Ausbau von Schutzräumen und anonymen Meldesystemen für Diskriminierung
- Implementierung einer LSBTIQ*-inklusive Personalpolitik in der Stadtverwaltung, die Vielfalt wertschätzt und Diskriminierungsschutz am Arbeitsplatz garantiert
- Ausbau von Safe Spaces für queere Jugendliche und Senior*innen sowie ein LSBTIQIA*-inklusive „Code of Conduct“ in der Verwaltung
- Ausfinanzierung der Beauftragten für Queere Angelegenheiten
- Ausbau queerer Erinnerungskultur im Stadtbild
- Mitgestaltung des Rainbow-Netzwerks durch Interessierte, Akteur*innen, Politiker*innen und Vereine

9.2 Inklusion als Menschenrecht: Oldenburg barrierefrei gestalten

In Oldenburg gibt es seit 2012 den Ratsbeschluss „Oldenburg will Inklusion“ und den daraus resultierenden Kommunalen Aktionsplan Inklusion (KAI). Dieser Maßnahmenkatalog wurde von über 300 Bürger*innen erarbeitet, doch viele Ziele sind nach wie vor nicht erreicht oder unterfinanziert. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Leitfadens „Oldenburg barrierefrei“.

Unsere Forderungen:

- Vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis spätestens Ende 2026. Dies umfasst den barrierefreien Umbau aller Haltestellen mit Bodenindikatoren für blinde Menschen sowie den Einsatz von Bussen mit funktionierenden Rampen und ausreichend Platz für Rollstühle und Rollatoren
- Konsequente Umsetzung einheitlicher Leitsysteme im Stadtbild (z. B. Kontrastierung von Belägen, Nullabsenkung von Bordsteinen bei gleichzeitiger taktiler Sicherung)
- Einführung einer verbindlichen Quote für barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnbau bei allen Projekten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSG
- Alle digitalen Angebote der Stadt müssen zeitnah vollständig barrierefrei sein (Screenreader-Tauglichkeit, leichte Sprache, Gebärdensprache-Videos)
- Der Behindertenbeirat muss bei allen Bau- und Planungsmaßnahmen der Stadt ein verbindliches Vetorecht erhalten, wenn die Barrierefreiheit nicht gewährleistet wird
- Die Stadtverwaltung muss als Vorbild vorangehen und die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen über die gesetzliche Mindestquote hinaus erhöhen

9.3. Ein Recht auf Naherholung

Eine lebenswerte Stadt ist eine Stadt, in der man sich bewegen will. Das Schlendern im Park, der Spaziergang durch eine ansprechende Allee und das Sommer-Picknick mit Freunden am See gehören für uns zu den Angeboten, die eine Stadt machen muss. Der Heidbrook ist ein Beispiel dafür, wie zu oft Naherholungsgebiete einer angeblich produktiveren Nutzung weichen sollen. Wir werden Grünanlagen, Spazier- und Wanderwege im Stadtgebiet erhalten und fördern. Dafür wollen wir auch die Arbeit ehrenamtlicher Vereine in der Gestaltung von Naherholungsgebieten stärken.

Unsere Forderungen:

- Die Gesamt-Grünfläche in Oldenburg soll erhalten bleiben und wachsen
- Die Fläche von Parks, Erholungsgebieten und Spielplätzen soll um 25 % wachsen
- Neu- und Ersatzbaumpflanzungen sollen im Stadtgebiet statt außerhalb passieren
- Förderung des Baus von Bänken auf Wegen in und um Oldenburg
- Bestehende Naherholungsgebiete werden wir schützen

9.4. Spielen wie WIR wollen

Spielplätze und Bewegungsangebote halten wir für ein zentrales Angebot einer lebendigen Stadt. Viele Spielplätze in Oldenburg bedürfen einer Modernisierung und Anpassung an sich ändernde Zielgruppen. Dabei muss insbesondere für Jugendliche nicht jeder Ort, der Treff-

punkt sein soll, auch wie ein Spielplatz aussehen. Auch für Erwachsene geht das Outdoor-Angebot nur selten über den Spazierweg hinaus. Wir werden Treffpunkte und Bewegungsangebote für alle Altersgruppen erweitern und schaffen.

Unsere Forderungen:

- Kinder und Jugendliche müssen bei der Gestaltung von Spielplätzen und Treffpunkten zum Mitreden und -gestalten eingeladen werden
- Kein Kind darf länger als 15 Minuten brauchen, bis es von zuhause zu einem Spielplatz kommt
- Spielplätze in Oldenburg sollen inklusiv gestaltet sein und verschiedene Sinne ansprechen
- Es braucht Orte in Oldenburg, an denen Jugendliche auch abends noch laut sein können
- Eine Abend-Buslinie, die in der Nähe üblicher Treffpunkte hält und eine unkomplizierte und sichere Heimreise in Oldenburg und dem Umland für Jugendliche ermöglicht
- Wir werden mehr frei verfügbare Sportgeräte, Tischtennisplatten und ähnliches aufstellen
- Wir wollen mehr Flächen für öffentliche Kunst bereitstellen, auch da, wo sie tatsächlich gesehen werden

9.5 Überwindung der Lücken im Gleichstellungsplan

Der aktuelle Gleichstellungsplan der Stadt greift zu kurz, da er soziale und Klassenfragen ignoriert. Wir wollen Machtstrukturen aufbrechen, statt nur Quoten in der Stadtverwaltung zu verwalten.

Unsere Forderungen:

- Gezielte Förderung für migrantische Frauen, Frauen mit Behinderungen und Alleinerziehende, die am stärksten von Armut betroffen sind
- Drastische Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in den von Frauen dominierten Sektoren der Stadt (Pflege, Kita, Reinigung)
- Einführung anonymisierter Bewerbungen in der Stadtverwaltung, um Herkunft oder Geschlecht als Diskriminierungsgrund auszuschließen

Mit neuer Kraft für ein solidarisches Oldenburg

Der Weg zu einem solidarischen Oldenburg in einem gerechten Land ist noch weit, denn noch frisst die Miete für viele einen großen Teil ihres Einkommens auf. Noch haben zu viele Menschen kein Dach überm Kopf oder finden keine bezahlbare Wohnung. Noch ist die Bildung nicht auf Menschen ausgerichtet, sondern auf Leistung. Noch muss unser Gesundheitssystem wirtschaftlich handeln, statt allein für Gesundheit zu sorgen, und noch werden Leistungen gekürzt und Löhne gedrückt, während das Leben immer teurer wird. Die Klimakatastrophe bedroht auch in Oldenburg unsere Lebensgrundlagen. Vielen Menschen wird es unnötig schwergemacht, angenehm, schnell und klimafreundlich von einem Ort zum anderen zu kommen. Die Militarisierung wird zunehmend kommunal und erreicht den Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssektor. Herkunft, Aussehen und Identität entscheiden noch zu häufig dar-

über, welcher Wert einem Menschen in dieser Gesellschaft zugeschrieben wird. Frauenfeindlichkeit und Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und Hass gegenüber Menschen mit Beeinträchtigungen werden lauter und greifen um sich. Doch wir lassen uns nicht spalten. Unsere Stärke liegt in der solidarischen Nachbarschaft, in der gemeinsamen Arbeit in den Betrieben. Unsere Stärke ist das kollektive Verständnis, dass alle Menschen gleich viel wert sind und dass jede Person lieben darf, wen sie möchte – unabhängig vom Geschlecht. Unsere Stärke liegt aber genauso im mutigen Widerstand gegen Faschismus und Menschenfeindlichkeit auf der Straße. Unsere Stärke für Oldenburg liegt darin, dass bei uns Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf, sondern dass das Kind aus der Hochhaussiedlung dieselben Chancen hat wie das Kind aus gutsituierten Familien. Unser gemeinsames Ziel ist eine Stadt für uns alle, nicht für Profite!

Wählt am 13. September 2026 Die Linke – drei Stimmen für ein radikal soziales und klimagerechtes Oldenburg!

Unser Wahlprogramm zeigt: Wir haben viele gute Ideen für ein besseres Oldenburg. Wir glauben jedoch nicht, dass wir auf jedes dieser Probleme sofort die perfekte Antwort haben oder jedes Problem in Oldenburg kennen. Lasst uns gemeinsam als Stadtgesellschaft diese Lücken füllen und gemeinsam für ein besseres Oldenburg streiten, denn:

Wir haben dieses Programm nicht als Wunschliste an die Mächtigen geschrieben, sondern als Kompass für unseren gemeinsamen Kampf. Die Krisen unserer Zeit haben eine gemeinsame Wurzel: Ein System, das Profite über Menschenleben stellt und uns spaltet, um uns besser ausbeuten zu können.